

Interfraktionelles Postulat SVP/JSVP, FDP (Peter Bernasconi/Hans Ulrich Gränicher, SVP/Christoph Müller/Urs Jaberg, FDP), Lydia Riesen (SD), Daniel Lerch (CVP): Erneuerung Bahnhofplatz Bern mit alternativer Verkehrsführung ohne motorisierten Durchgangsverkehr aus dem Bahnhofplatz

Nachdem der Stadtrat am 18. November 2004 den Baukredit für die Erneuerung und Instandstellung des Bahnhofplatzes/Christoffelunterführung zuhanden der Berner Stimmbevölkerung genehmigt hat, ist mit einem Ergänzungskredit Folgendes zu prüfen: Für das Ausarbeiten einer alternativen Verkehrsführung für den motorisierten Individualverkehr (MIV) wird ein neuer Projektierungskredit von CHF 150 000.00 zulasten der Investitionsrechnung Konto xx.yy gesprochen. Zu prüfen ist, mit welchen baulichen und technischen Massnahmen der Bahnhofplatz vom MIV befreit werden kann, zum Beispiel richtungsgetrennte Verkehrsführung von Nord nach Süd und umgekehrt von Süd nach Nord, oder über die kleine Schanze zur Stadtbachstrasse nach City West, so dass künftig die Platzanlage für den Langsamverkehr (Fussgänger, Velofahrende), den öffentlichen Verkehr (Tram, Bus) und die Anlieferung genutzt werden kann.

Dieser Projektierungsauftrag ist einem Ingenieurbüro zu erteilen, das bis jetzt nicht im Projekt involviert gewesen ist. Der Gemeinderat schlägt der PBV zwei fachlich ausgewiesene Ingenieurbüros vor. Die Kommission entscheidet über die Vergabe des Auftrags. Über die Projektbearbeitung ist die zuständige Kommission des Stadtrats laufend zu informieren.

Bern, 25. November 2004

Interfraktionelles Postulat SVP/JSVP, FDP (Peter Bernasconi/Hans Ulrich Gränicher, SVP/Christoph Müller/Urs Jaberg, FDP) Lydia Riesen (SD), Daniel Lerch (CVP), Christian Wasserfallen, Vinzenz Bartlome, Peter Friedli, Ueli Jaisli, Margrit Thomet, Erich Ryter, Thomas Weil, Hans-Ulrich Suter, Hans Peter Aeberhard, German Kalbermatten, Stephan Hügli-Schaad, Jsabelle Blunschy Scheidegger, Markus Kiener, Markus Blatter, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Karin Feuz-Ramseyer, Ueli Stüchelberger

Antwort des Gemeinderats

Seit der Ablehnung des Schanzentunnels in der Volksabstimmung vom 28. September 1997 galt bei allen nachfolgenden Planungsschritten die Prämisse, dass für die Sanierung und Umgestaltung Bahnhofplatz / Bubenbergplatz / Christoffelunterführung eine Verkehrslösung vorgelegt werden sollte, die auf der Achse Bollwerk – Bahnhofplatz – Bubenbergplatz ca. 26 000 Motorfahrzeuge pro Tag verkraften kann.

Diese Vorgabe blieb auch bei der Beratung und Beschlussfassung über den Projektierungskredit durch den Stadtrat im November 2001 unbestritten. Zusätzlich verlangte der Stadtrat, dass „Ausgangspunkte für die Projektierung (...) eine orthogonale Verkehrsführung“ sein solle. In der Volksabstimmung vom 2. Juni 2002 wurde der entsprechende Beschluss mitsamt den vom Stadtrat formulierten Auflagen bestätigt. Damit war der Rahmen für die Projektierung klar festgelegt.

Das jetzt vorliegende Projekt „Neuer Bahnhofplatz Bern“ entspricht den erwähnten Vorgaben hinsichtlich Kapazität der Bahnhofachse und orthogonaler Verkehrsführung. Bei der Behandlung der Baukreditvorlage zuhanden der Stimmberechtigten hat der Stadtrat auf Antrag der vorberatenden Kommission aber noch verschiedene Aufträge zur Optimierung des Bauprojekts erteilt.

Die gemäss dem Interfraktionellen Postulat zu prüfenden Fragen beziehen sich auf die Prüfung *grundsätzlicher* Alternativen (wie kann der Bahnhofplatz stärker vom motorisierten Individualverkehr befreit werden?); zudem sollen die Ergebnisse rasch mit dem aktuellen Projekt umgesetzt werden. Das wäre im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr sinnvoll und auch nicht mehr möglich. Mit der Verabschiedung der Vorlage zuhanden der Stimmberechtigten hat der Stadtrat anerkannt, dass auch er die Sanierung und Umgestaltung des Bahnhofplatzes als dringend und nicht mehr länger aufschiebbar erachtet.

Mit dem aktuellen Projekt werden längerfristig zu realisierende Alternativen, welche auf eine weitere Entlastung der Bahnhofachse vom Durchgangsverkehr ausgerichtet sind, nicht verbaut. Die Forderung jedoch, solche grundsätzlichen Alternativen jetzt zu prüfen und womöglich kurzfristig ebenfalls zur Realisierungsreife zu bringen, ist unter den gegebenen Umständen nicht erfüllbar.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 18. Mai 2005

Der Gemeinderat